

ANTWORTEN  
von  
Uschi Eid  
(WK Nürtingen)



*Der Fragenkatalog, auf den sich die Antworten beziehen, ist nachzulesen unter <http://www.gjbw.de/index.php?id=2028>*

1. Mein Verhältnis zur GRÜNEN Jugend in meinem Wahlkreis ist ausgesprochen gut. Mit ihr pflege ich eine gute Kommunikation. Auch den Anfragen überregionaler GJ-Gruppen bin ich gefolgt, weil ich einen gegenseitigen Meinungs- und Informationsaustausch für sinnvoll, produktiv und inspirierend halte. So war ich z. B. im Mai 2007 in der LGS der Grünen in BaWü um eine Referat zum Thema „Internationale Politik und Entwicklungszusammenarbeit“ zu halten und mit den Anwesenden über Fragen der Globalisierung zu diskutieren. Auch traf ich mich mit der GJ aus Berlin zum Gedankenaustausch über „Verschuldung und G8“.  
Ich bin froh, dass die GJ der Partei immer wieder neue und frische Impulse gibt, das ist möglich, weil sie unserer Partei zwar sehr nahe steht, doch unabhängig agiert, und unsere Positionen und Entscheidungen kritisch begleitet. Das ist für unsere Arbeit von großer Bedeutung.  
Die GJ ist aus der politischen Landschaft nicht mehr wegzudenken, und für interessierte Jugendliche eine wichtige Anlaufstation geworden.
2. Grundsätzlich mache ich keine Politik für bestimmte Generationen. Aber in der Außen- und Entwicklungspolitik sind für mich der Kampf gegen Kindersoldaten und ihre Unterstützung bei der Reintegration, der Kampf gegen Genitalverstümmelung z.B. bei den Mädchen in Afrika, die Förderung der beruflichen Bildung, damit junge Menschen nach dem Schulabschluss nicht auf der Straße stehen, die bessere Versorgung mit sauberem Trinkwasser, damit Mädchen, die traditionell Wasser holen müssen, entlastet werden, wichtige Politikfelder, auf denen ich mich als Entwicklungspolitikerin erfolgreich eingesetzt habe.
3. Politik ist nicht notwendigerweise Parteipolitik. Es gibt sehr viele interessante Politikfelder und Bereiche, in denen Engagement nützt. Sei es in Umweltgruppen, in Gruppen gegen Rassismus, Antisemitismus oder bei Bürgerinitiativen vor Ort wie z.B. gegen den

Flughafenausbau oder Stuttgart 21. Parteien müssen vor allem ihre Jugendorganisationen als Partner ernst nehmen und sie nicht als demokratische „Spielwiese“ abtun. Jugendliche sind Träger demokratischer Rechte und sollen als Experten und Expertinnen in eigener Sache ernst genommen werden.

4. Die vier unverhandelbaren Punkte sind für mich:

- Atomausstieg
- Haushaltskonsolidierung
- Mehr Investitionen ins öffentliche Verkehrswesen
- Konfliktprävention und ziviles Krisenmanagement vor militärischen Interventionen

5. Die rechtliche Gleichstellung haben Frauen im Großen und Ganzen erreicht. Wir GRÜNEN sind die erste und bis heute einzige Partei die eine echte 50 Prozent-Quote durchgesetzt hat – 58 Prozent Frauen in der Bundestagsfraktion sind ein Resultat, das sich sehen lassen kann.

Trotzdem gibt es überall in Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften noch tradierte Rollenvorstellungen, mit denen endlich Schluss gemacht werden muss. Wichtige Prinzipien für die Gleichstellung sind:

- Abschaffung des Ehegattensplittings;
- Vereinbarkeit von Kindern und Berufstätigkeit durch bessere Betreuungsangebote;
- Feminisierung der Arbeitswelt und der Sozialversicherungssysteme;
- Bessere Aufstiegschancen für Frauen in höhere Positionen in Wirtschaft & Wissenschaft;
- Verbot von Genitalverstümmelungen und Aufnahme dieser grausamen Praxis als Straftatbestand der schweren Körperverletzung ins Strafgesetzbuch.

6. Die familiären Lebensformen haben sich in den vergangenen Jahrzehnten stark verändert. Neben der traditionellen Kleinfamilie haben vielfältige Formen des miteinander Lebens an Bedeutung gewonnen, so z.B. auch die nichtehelichen Lebensgemeinschaften. Im Zuge der Individualisierung hat sich das Zusammenleben in der Gesellschaft verändert und darauf muss die Politik mit entsprechenden Maßnahmen reagieren.

Wir GRÜNEN haben mit der eingetragenen Lebenspartnerschaft den Grundstein für die Gleichstellung gelegt und sie schrittweise dem Status der Ehe angenähert. Doch ist die Vollendung der Gleichstellung ins Stocken geraten, denn dem Prinzip der gleichen Pflichten ist das Prinzip der gleichen Rechte nicht gefolgt, dort sind noch offene Stellen z.B. im Steuer- und Beamtenrecht.

Viel wichtiger halte ich allerdings den Kampf gegen Vorurteile, Hass und Homophobie. Die Politik darf nicht wegschauen wenn religiöse Eiferer die Freiheiten von Lesben und Schwulen in Frage stellen, egal um welche Religion oder Konfession es sich handelt.

In vielen Ländern werden die Menschenrechte von Schwulen und Lesben mit Füßen getreten. In über 75 Staaten wird gelebte Homosexualität mit Strafe bedroht. In Ländern wie Iran droht sogar die Todesstrafe. Hier muss deutsche Politik auf internationaler Bühne

Klartext sprechen. Auch in Europa wird die Versammlungsfreiheit immer wieder missachtet, wenn Lesben und Schwule für gleiche Rechte auf die Straße gehen. In mehreren osteuropäischen Staaten wurden Demonstrationen verboten oder unzureichend vor homophoben Schlägern geschützt. Die Verletzung von Grundrechten kann nicht hingenommen werden.

7. Angesichts der aktuellen demografischen Entwicklung und der Tatsache, dass der größte Teil der Staatsausgaben in die sozialen Sicherungssysteme fließt, stehen neue Herausforderungen für einen modernen Sozialstaat bevor. Dieser muss so ausgestaltet sein, dass sich einerseits Bedürftige auf die Leistungen des Sozialstaates ohne wenn und aber verlassen können müssen und dass ihre Existenz und ihre Teilhabe an gesellschaftlichen Aktivitäten gesichert sind. Auf der anderen Seite muss aber auch verhindert werden, dass das Sozialsystem auf Kosten der Allgemeinheit missbraucht wird. Grundsätzlich halte ich mehr Investitionen in die Bildung und Förderung junger Leute gerade aus sozial schwachen Schichten als die beste Möglichkeit, Chancengerechtigkeit zu erhöhen.
8. Heute müssen Verbraucherinnen und Verbraucher im Schnitt 50% mehr für Strom, Gas und Sprit ausgeben als noch vor sechs Jahren. Einkommensschwache Haushalte trifft diese Preisexplosion besonders stark. Wollte man den Anstieg der Energiekosten staatlicherseits ausgleichen, wäre der Kollaps der öffentlichen Haushalte vorprogrammiert. Deshalb sind Energiesteuersenkungen, Subventionen oder staatlich bezuschusste Sozialtarife keine Antwort. Sie nähren nur die Illusion, der Staat könne die immer teurer werdende fossile Energie wieder billig machen. Wir brauchen nachhaltige Lösungen. Dazu gehört, dass es direkte und indirekte unbürokratische Unterstützung gibt für Einsparungen, um Energiekosten zu senken. Denn die billigste Kilowattstunde ist die eingesparte, und zwar dauerhaft. Wir müssen die Menschen in die Lage versetzen, energiesparende Geräte anzuschaffen, als Mieter von energetisch sanierten Häusern zu profitieren und ihr Verbrauchsverhalten zu verändern.  
Zweitens müssen wir die Strukturen der Energieversorgung umbauen und dabei konsequent auf erneuerbare Energien und effiziente Technik umsteigen. Wir müssen für echte Veränderungen auf den Energiemärkten kämpfen, Wettbewerb schaffen und die Machtkartelle aufbrechen. Das verhindert auch ungerechtfertigte Preiserhöhungen von Quasi-Monopolisten. Dringend erforderlich ist ein attraktives öffentliches Verkehrsangebot auch durch einen verminderten Mehrwertsteuersatz im gesamten Bahnverkehr.
9. Gerechtigkeit heißt für mich zu allererst Chancengerechtigkeit, und die muss in Deutschland sowie in der gesamten Europäischen Union gewährleistet sein. Schwächere müssen gefördert werden, Vorurteile müssen durch Begegnung abgebaut, Toleranz zwischen den Kulturen eingeübt, sowie Rassismus und Antisemitismus bekämpft werden. Wie sieht das für mich in der politischen Praxis aus? Mit großem Engagement unterstütze

ich z.B. in meinem Wahlkreis den Bürgertreff als kulturelle Anlaufstelle, der durch ehrenamtliche Bürgermentoren mit Migrationshintergrund betrieben wird. Ziel dieser Institution ist die Förderung des friedlichen Miteinanders von Bürgern aus verschiedenen Kulturen in der Stadt Nürtingen. Die Interkulturelle Anlaufstelle unterstützt und informiert sowohl die Bürger als auch die Stadtverwaltung bei ihren Fragen zu den Themen Integration und Migration. Durch Kontakte in alle Bereiche des gesellschaftlichen und politischen Lebens in Nürtingen konnten über die Jahre sehr intensive Netzwerke aufgebaut werden und so die Integration sowie das gegenseitige Verständnis weiter verbessert werden.

10. Grundsätzlich steht für mich Ursachenbekämpfung für Krisen und Konflikte im Mittelpunkt. Leider werden aber, wie viele Konflikte zeigen, zu zögerlich oder zu spät politische Weichenstellungen getroffen, die zur Konfliktminderung führen (jüngste Beispiele sind der Völkermord in Ruanda und in Serbien, die Kriege im Kongo oder zwischen Russland und Georgien). Das zweite Prinzip einer grünen Friedens- und Sicherheitspolitik ist die friedliche Konfliktregulierung und ein ziviles Konfliktmanagement. Da aber nicht alle Konflikte friedlich gelöst werden können, (hierzu gibt es viele Gründe, so auch dass Konfliktparteien hierzu nicht bereit sind), sind Armeen heute leider immer noch notwendig. Ich halte es für einen historischen Glücksfall, dass Deutschland eine Parlamentsarmee hat und die Soldaten tatsächlich „Bürger in Uniform“ sind, keinen Staat im Staat bilden können und alle gesellschaftlichen Schichten und Berufsgruppen darin vertreten sind.